

# ÖIF Monitor

## Integration & Migration

November 2014

### Integration in Österreich

Informationen zur Sitzung des Integrationsbeirates, zu Diversität in Wien und zur Anerkennung von Qualifikationen auf **Seite 3**

### Zukunftsperspektiven: Österreich

Prognosen und Hochrechnungen zu Bevölkerungsentwicklungen und Religionszugehörigkeit auf **Seite 4**

### Migration Policies International

Neue Gerichtsurteile mit Bezug auf Integrations- und Asylfragen in Deutschland und Europa auf **Seite 6**

## Inhalt

Neue Initiativen: Identität und Heimatbewusstsein .....	1-2
Integration in Österreich .....	3
Zukunftsperspektiven: Österreich.....	4
Integrationsforschung, Migration Policies International: USA.....	5
Migration Policies International.....	6
Pressebeobachtung.....	7
Kurzmeldungen.....	7
Publikationen, Termine, Neues vom ÖIF.....	8

## Integration in Österreich

### Neue Initiativen: Identität und Heimatbewusstsein

**Heimatbewusstsein und Identitätsbildung sind maßgeblich miteinander verbunden. Diese Prämisse stand im Zentrum der Gespräche beim vom Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres organisierten Symposium „Identität“ am 10. November. Beleuchtet wurde, welche Rolle Heimat und Identität spielen und welche Faktoren sie prägen.**

Laut Umfrage-Ergebnissen betrachten rund 70% der Migrant/innen hierzulande Österreich auch als ihre Heimat. Eine etwas geringere Identifikation weisen jüngere Männer auf. Auf dem vom Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres organisierten Symposium „Identität“ diskutierten Expert/innen wie Konrad Paul Liessmann, Hildegard Weiss, Kenan Güngör oder Ednan Aslan in

verschiedenen Panels unter anderem über die Fragen, wie sich ein Heimatbewusstsein auf die eigene Identität auswirken kann und wie Faktoren wie beispielsweise Anerkennung, Respekt, Loyalität, aber auch Religion ihrerseits das Zugehörigkeitsgefühl prägen. In diesem Sinne wurde von Bundesminister Sebastian Kurz auch die ZUSAMMEN:ÖSTERREICH-Initiative #stolzdrauf präsentiert. →

→ Fortsetzung von Seite 1  
Neue Initiativen: Identität und Heimatbewusstsein

Die Kampagne #stolzdrauf soll das Gemeinsame unter den in Österreich zusammenlebenden Menschen hervorheben und so ein besseres Zusammenleben in Österreich ermöglichen.

### Über 50.000 Teilnehmer/innen an Fotoaktion

Starkes Echo fand die Initiative #stolzdrauf in den sozialen Netzwerken, vor allem in Facebook. Mehr als 50.000 User haben sich daran beteiligt und Fotos dazu veröffentlicht, worauf sie in Österreich stolz sind. Erreicht wurden mit der Kampagne insgesamt rund 6,5 Millionen Menschen.

### ZUSAMMEN:ÖSTERREICH-Schulbesuche

Darüber hinaus wird „Identität“ auch bei den Schulbesuchen der Initiative ZUSAMMEN: ÖSTERREICH im Zentrum stehen. Integrationsbotschafter/innen werden mit Schüler/innen darüber diskutieren, was Heimat und Identität für sie bedeuten. Die Aktion „ZUSAMMEN: ÖSTERREICH“ wurde im Jahr 2011 von Bundesminister Sebastian Kurz mit dem Ziel ins Leben gerufen, positive Beispiele für gelungene Integration aufzuzeigen. Ein Kreativwettbewerb unter dem Motto „Mein Österreich - Zeig' uns, was

### DATEN UND FAKTEN ZUSAMMEN:ÖSTERREICH

- Über **300 Integrationsbotschafter/innen**
- **20.000 Schüler/innen** nahmen an Gesprächen bei Schulbesuchen teil
- **41.000 Leser/innen** des **ZUSAMMEN: ÖSTERREICH-Magazins**
- Bisher **8 Ausgaben** des **ZUSAMMEN: ÖSTERREICH-Magazins**

Heimat für dich bedeutet“ lädt Schüler/innen in ganz Österreich ein, sich mit ihrer Heimat und ihrer Zukunft in Österreich auseinanderzusetzen.

### Veranstaltungen auf regionaler Ebene

Im Zuge der Initiative sind Heimat und Identität in den kommenden Wochen auch Thema von Podiumsdiskussionen in den ÖIF-Integrationszentren in ganz Österreich.

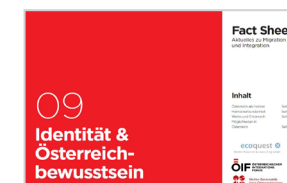
Die Website der neuen Initiative **#stolzdrauf** finden Sie **>>> hier**  
Mehr zu **ZUSAMMEN:ÖSTERREICH** finden Sie **>>> hier**

## Integration in Österreich

### Fact Sheet: Identität und Österreichbewusstsein

In einer von ecoquest durchgeführten Umfrage wurden Menschen mit und ohne Migrationshintergrund zu ihrer Heimatverbundenheit, ihren Werten und ihrer Einschätzung der Möglichkeiten in Österreich gefragt.

Das Fact Sheet 09 von Medien-Servicestelle Neue Österreicher/innen und ÖIF fasst die Umfrage-Ergebnisse zusammen. Mehr als zwei Drittel der befragten Personen mit Migrationshintergrund sehen Österreich als ihre Heimat. Keine Unterschiede gab es zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund bezüglich der ihnen wichtigen, in Österreich geltenden Werte. Meinungsfreiheit (99%), Gleichberechtigung von Mann und Frau (96%) und Demokratie (95%) wurden in beiden Gruppen vorrangig angeführt. Auch freie Religionsausübung (86%) und die Trennung von Kirche und Staat (79%) wurden als wichtig gewertet. Weiters gaben 84% der Befragten mit Migrationshintergrund an, in Österreich könne man über Leistung vorankommen.



Das **Fact Sheet** können Sie **>>> hier** lesen und bestellen.

## Integration in Österreich **Integrationsbeirat: Bilanz über Entwicklungen des letzten Halbjahres**

**Am 13. November fand die 9. Sitzung des Integrationsbeirates in Wien statt. Inhalt der Gespräche waren die Maßnahmen und Fortschritte der letzten sechs Monate im Bereich Integration.**

Im Rahmen der Sitzung stellte Univ.-Prof. Dr. Fassmann, Vorsitzender des Expertenrates für Integration, die Bilanz der Expertenratsarbeit der vergangenen sechs Monate vor. Univ.-Prof. Dr. Aslan und Dr. Schmidinger hielten informative Vorträge zum Thema Prävention und Deradikalisierung in Österreich. Der Integrationsbeirat ist bereits seit Oktober 2010 aktiv und bringt die wesentlichen Akteur/innen aus dem Integrationsbereich zusammen, um eine sachbezogene Vernetzung, Koordination und einen Wissenstransfer zu ermöglichen und zu fördern. Dies soll zu einer effizienteren Umsetzung der Ziele des Nationalen Aktionsplans für Integration beitragen. Vertreter/innen von Bund, Ländern, Gemeinden, Städten sowie der Sozialpartner und der größten NGOs treten seither halbjährlich zusammen und thematisieren die jeweils aktuellen Herausforderungen und Entwicklungen im Integrationsbereich.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

## Integration in Österreich **Neu: 3. Auflage des Wiener Integrations- und Diversitätsmonitors**

**Mitte November stellte die Stadt Wien den 3. Wiener Integrations- & Diversitätsmonitor vor. Seit 2008 werden statistische Daten und empirische Analysen über die Bevölkerung Wiens gesammelt und präsentiert.**

Die Ergebnisse von empirischen Untersuchungen und einer Online-Befragung werden im Integrations- & Diversitätsmonitor 2011–2013 in acht Themenfeldern zusammengefasst. Diese spiegeln acht grundlegende Lebensbereiche wider und reichen von Gleichstellung & Partizipation, Bildung, Beschäftigung & Arbeitsmarkt über Gesundheit bis hin zu Wohnen oder Öffentlicher Raum. So haben etwa 49% der Bevölkerung Wiens einen Migrationshintergrund, wobei 35% selbst im Ausland geboren wurden oder eine ausländische Staatsbürgerschaft besitzen. Die Kontinuität der Datenerfassung anhand von Schlüsselindikatoren, die seit 2008 unverändert bestehen, ermöglicht die Beobachtung von Trends und Entwicklungen in Bezug auf die demographische Entwicklung und die Lebensrealitäten von Zuwander/innen und ihren Nachkommen in Wien im Verlauf der Zeit.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

## Integration in Österreich **Anerkennung von Berufsqualifikationen: aktualisiertes Info-Material**

**Die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen ist zu einem zentralen Thema im Integrationsbereich geworden. Nun steht ein aktualisiertes und besonders benutzerfreundliches Informationsangebot zur Verfügung.**

Die Website [www.berufsanerkennung.at](http://www.berufsanerkennung.at) ist ein Online-Anerkennungswegweiser für über 1.800 Berufe. Das Portal kann in vier Sprachen (Deutsch, Englisch, B/K/S, Türkisch) genutzt werden und wurde nun auch für die Verwendung auf mobilen Endgeräten optimiert: In nur sechs Schritten erhalten Nutzer/innen individuelle Informationen für ihre Anfragen. Parallel dazu wurden vom ÖIF und dem Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres das Anerkennungshandbuch („Anerkennungs-ABC“) überarbeitet, welches auf Deutsch und Englisch Informationen für 200 Berufsgruppen bereitstellt.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)



Das **Anerkennungs-ABC** können Sie [»» hier](#) bestellen.

Zukunftsperspektiven: Österreich

## Religion in Wien: Welche demographischen bzw. religiösen Veränderungen könnte es in Zukunft geben?

**Das WIREL-Projekt der Österreichischen Akademie der Wissenschaften befasst sich mit der religiösen Zugehörigkeit der Bevölkerung und diesbezüglichen Veränderungen seit Beginn der 1970er Jahre. Drei Szenarien wurden bei diesem Projekt entworfen und berechnet.**

Als Basis für die Hochrechnungen zog die Akademie der Wissenschaften die Daten der letzten Volkszählung aus dem Jahr 2001 heran. Damals wurde die Religionszugehörigkeit in Österreich zum letzten Mal statistisch erhoben, seither konnten lediglich Prognosen errechnet werden. So wurden auch im WIREL-Projekt anhand spezifischer Statistikmodelle, der Auswertung bisheriger Entwicklungen und Interviews zur Glaubensintensität drei Szenarien entwickelt.

### 1. Hauptszenario: Entwicklung wie bisher

Setzt sich die aktuelle Bevölkerungsentwicklung fort, werden im Jahr 2046 in Österreich 33% der Bevölkerung Katholik/innen sein (2011: ca. 40%). Der Anteil von Muslim/innen würde von 12% (2011) auf 21% (2046) anwachsen, auch der Anteil von Orthodoxen würde nach diesen Berechnungen steigen.

### 2. Szenario: Migrationsbeschränkungen

Geht man von einer Beschränkung von Migration und einer daraus folgenden Nullzuwanderung von außerhalb der EU aus sowie von einer niedrigen Geburtenrate und einer beständigen Abwanderung, würde Wien wieder auf das Bevölkerungsniveau von 2004 schrumpfen (1,6 Mio). Der Anteil von Muslim/innen würde zuerst noch steigen, ab 2020 jedoch wieder auf etwa 10% sinken. Der Anteil an Katholik/innen läge bei 35%, jener der Bekenntnislosen bei 39%.

### 3. Szenario: Migrationserleichterungen

Berechnet man die Entwicklung jedoch auf Basis der Annahme, dass Einschränkungen abgebaut und Integrationsmaßnahmen abgesetzt würden, kommen die Mitarbeitenden am Projekt zu dem Ergebnis, dass Wien wachsen, die Katholiken 31% und Muslim/innen und Nichtgläubige jeweils 24% der Bevölkerung ausmachen würden.

Was die geographische Verteilung der Glaubensgemeinschaften betrifft, gibt es laut den Expert/innen keine starke Konzentration. Dicht besiedelte Gebiete in Wien seien besonders divers.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

## Zukunftsperspektiven: Österreich Prognose: Österreichs Bevölkerung wächst nur durch Zuwanderung

**Laut Bevölkerungsprognose 2014 der Statistik Austria wächst die österreichische Bevölkerung stärker als erwartet. Dieses Wachstum wird in Zukunft in erster Linie auf Zuwanderung zurückzuführen sein.**

Laut Berechnungen der Statistik Austria soll die Bevölkerung Österreichs 2025 bei über 9 Mio. liegen. Gleichzeitig wird sich die Altersstruktur verändern: Immer mehr Menschen werden im Pensionsalter sein, während die Anzahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter bis 2020 noch leicht ansteigen, danach bis zum Jahr 2030 jedoch auf 57% fallen wird. Der Bevölkerungsmotor wird künftig die Zuwanderung sein. Ohne diese würde die Einwohnerzahl 8,12 Mio. (2040) bzw. 7,17 Mio. (2060) betragen (Vergleich 1.1.2014: 8,5 Mio.). Wien wird – auch zuwanderungsbedingt – am stärksten wachsen. In der zweiten Hälfte der 2020er-Jahre soll die Bevölkerungszahl die 2-Millionen-Marke erreichen. Ansteigen wird auch die Anzahl von Menschen, die in Österreich leben, aber im Ausland geboren wurden. Derzeit leben 1,37 Mio. im Ausland geborene Menschen in Österreich (16% der Gesamtbevölkerung), bis 2030 sollen es 1,99 Mio. sein.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

## Neuer Forschungsbericht: Ist Zuwanderung ein Gewinn?

**Der aktuelle, von Prof. Rainer Münz und Synthesis Forschung erarbeitete und vom ÖIF herausgebrachte Forschungsbericht befasst sich mit dem Thema der Entwicklung von Humanressourcen durch Zu- bzw. Abwanderung.**

Laut Bericht ist die Zuwanderung nach Österreich seit dem Jahr 2000 in erster Linie durch Arbeitsmigration und durch den Zuzug von Studierenden aus anderen EU-Staaten geprägt. Generell haben Migrant/innen aus dem EU-Raum im Schnitt ein höheres Bildungsniveau als die einheimische Bevölkerung. Als Herausforderung gilt, den gut qualifizierten Zuwander/innen eine ihrem Qualifikationsniveau entsprechende Beschäftigung zu ermöglichen. Im Bericht werden die Konzepte von Brain Gain, Brain Drain, Brain Waste sowie Brain Circulation im Zusammenhang mit den Entwicklungen der österreichischen Humanressourcen und deren wirtschaftliche Auswirkungen vorgestellt. Zu den Schlussfolgerungen des Berichts zählt die Anregung, mittels proaktiver Migrationspolitik weitere Anreize für den Zuzug von Hochqualifizierten zu schaffen und ausländische Hochschulabsolvent/innen längerfristig in Österreich zu halten.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

## USA: Präsident Obama will Einwanderungspolitik per Dekret ändern

**Am 20. November kündigte US-Präsident Obama an, per Dekret Änderungen in der Einwanderungspolitik durchsetzen zu wollen. Fünf Millionen illegale Einwander/innen könnten so eine temporäre Aufenthaltserlaubnis erhalten.**

Bereits mehrmals hatte der US-amerikanische Präsident angekündigt, gegebenenfalls auch ohne Zustimmung des Kongresses Änderungen an der US-Einwanderungspolitik durchsetzen zu wollen. Nach den Kongresswahlen im November, bei denen die republikanische Partei Gewinne verbuchen konnte und künftig die Mehrheit im Senat stellt, hat Barak Obama seine Ankündigung nun umgesetzt. In einer Ansprache am 20. November machte er die geplanten Änderungen publik, am 21. November unterzeichnete er den entsprechenden Erlass („Executive Action“).

### Abschiebeschutz und Arbeitsgenehmigungen

Konkret ermöglicht der Erlass illegal in den USA lebenden Menschen, die sich seit mehr als fünf Jahren im Land aufhalten und deren Kinder die US-amerikanische Staatsbürgerschaft oder eine Daueraufenthaltsgenehmigung besitzen, einen auf drei Jahre begrenzten Abschiebeschutz und

eine Arbeitserlaubnis. Dazu müssen sie sich registrieren lassen, strafrechtliche Überprüfungen bestehen, Gebühren bezahlen und in Zukunft Steuern abführen. Menschen, die als Kinder oder Teenager in die USA eingewandert sind, sollen von der Erweiterung der sogenannten „Deferred Action“-Maßnahme profitieren, die auch ihnen nach einem fünfjährigen Aufenthalt eine auf drei Jahre befristete Arbeitserlaubnis zugesteht. Darüber hinaus soll die „Executive Action“ leichteren Zugang zu Aufenthaltsgenehmigungen für hochqualifizierte Einwander/innen bzw. Absolvent/innen von US-amerikanischen Universitäten und Unternehmer/innen schaffen.

### Eindämmung neuer illegaler Zuwanderung

Gleichzeitig enthält das Dekret auch Maßnahmen für eine verstärkte Sicherung der Grenzen zu Mexiko sowie die Ankündigung einer konsequenten Vorgangsweise gegen Zugewanderte mit kriminiellem Hintergrund. Obama selbst räumte ein, dass die unilateralen Exekutivmaßnahmen keine umfassende Einwanderungsreform ersetzen, und forderte die Legislative dazu auf, eine solche im Kongress voranzutreiben.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

---

## Migration Policies International

### **Deutschland: Gericht bestätigt Sozialleistungen für im Ausland lebende Kinder**

Das Bundessozialgericht in Kassel hat geurteilt, dass Hartz-IV-Empfänger/innen, deren Kinder im Ausland leben, während eines Aufenthaltes in Deutschland Anspruch auf Sozialleistungen haben. Das berichtete die Tageszeitung Frankfurter Allgemeine Ende Oktober. Konkret befasste sich das Gericht mit dem Fall zweier Kinder mit deutscher Staatsbürgerschaft, die bei den Großeltern in Tunesien leben, während die Eltern in Deutschland ansässig sind und Hartz-IV-Zahlungen empfangen. Die Eltern hatten gegen einen Bescheid Einspruch erhoben, der das Ansuchen auf Sozialleistungen während des dreimonatigen Besuches der Kinder in Deutschland abgelehnt hatte. Sie argumentierten, dass ohne Sozialleistungen für die Kinder ein zeitweiliger Aufenthalt der Kinder im Sinne eines Besuches nicht möglich wäre. Das Bundessozialgericht entschied letztendlich, dass ein „gewöhnlicher Aufenthalt“ der Kinder keine Voraussetzung für einen Sozialhilfeanspruch sei, sondern dass laut deutschem Gesetz lediglich die erwerbsfähigen Empfänger/innen von Sozialleistungen ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland haben müssten.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

## Migration Policies International

### **EGMR/Schweiz: Urteil bezüglich der Ausweisung von Flüchtlingen**

Am 4. November fällte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) ein Urteil im Fall einer achtköpfigen Familie aus Afghanistan. Diese erhob Klage gegen eine Ausweisung aus der Schweiz zurück nach Italien, wo ihre Erstregistrierung laut Dublin-Verordnung stattgefunden hatte. Laut Gerichtsurteil wäre eine Ausweisung nach Italien nicht zulässig, da es keine individuellen Garantien seitens der italienischen Regierung gäbe, dass bei der Unterbringung und Versorgung der Familie in Italien entsprechend Rücksicht auf die Bedürfnisse der Kinder genommen und die Familie nicht getrennt würde. Kinder zählen zu den besonders schutzwürdigen Gruppen, auch wenn sich diese in Begleitung von Erwachsenen befinden. Das Urteil nimmt darauf Bezug, dass in Italien die Anzahl der verfügbaren Unterbringungsplätze für Flüchtlinge deutlich unter der tatsächlichen Anzahl von Asylwerber/innen liegt. Konkret lag die Befürchtung vor, es könne zu einer menschenunwürdigen Behandlung der Familienmitglieder kommen, was einem Verstoß gegen Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention entsprechen würde.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

## Migration Policies International

### **EuGH: Mitgliedsstaaten können EU-Bürger/innen Sozialleistungen verweigern**

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) wurde von einem Leipziger Gericht um eine Vorabentscheidung im Falle einer Rumänin und ihres Sohnes gebeten, die in Deutschland Anspruch auf Hartz-IV-Zahlungen erhob, ohne jedoch Arbeit gesucht zu haben. Der EuGH stellte nun klar, dass ein EU-Mitgliedsstaat zugewanderten Unionsbürger/innen in den ersten drei Monaten ihres Aufenthalts keine „beitragsgebundenen“ Sozialleistungen zugestehen muss, wenn der Aufenthalt nicht den Kriterien der EU-Unionsbürgerrichtlinie entspricht. Diese wiederum besagt, dass der Aufnahmestaat nicht verpflichtet ist, innerhalb der ersten drei Monate Sozialleistungen an zugewanderte EU-Bürger/innen zu erstatten. Nicht erwerbstätige Personen mit einem Aufenthalt zwischen drei Monaten und fünf Jahren müssen laut Richtlinie über ausreichende eigene Existenzmittel verfügen, wodurch dem sogenannten „Sozialtourismus“ vorgebeugt werden soll. Jeder Fall muss laut EuGH in Zukunft weiter individuell geprüft werden. Ausgewiesen dürfen Unionsbürger/innen nur werden, wenn im Einzelfall belegt wurde, dass Sozialleistungen unrechtmäßig beansprucht wurden.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

## Pressebeobachtung: Integration und Migration

### Worüber wurde im Oktober berichtet?

**Jene Themen, die sich bereits in den Vormonaten abzeichneten, nahmen in der Berichterstattung rund um Integration und Migration auch im Oktober einen vorrangigen Platz ein: die Novellierung des Islamgesetzes, die Radikalisierung von Jugendlichen und Debatten rund um den Islam und Flüchtlingsthemen aus dem In- und Ausland.**

Stellungnahmen und Beiträge zum Entwurf des neuen Islamgesetzes wurden gerade während der Begutachtungszeit der Novelle im Parlament ausführlich beleuchtet, wobei u.a. Islamexpert/innen sowie Vertreter/innen der islamischen Glaubensgemeinschaften und aus der Politik zu Wort kamen. Gleichsam wurde im Oktober weiterhin über die Radikalisierung von Jugendlichen im Zusammenhang mit den Kampfhandlungen in Syrien und im Irak berichtet. Anlässlich des „Gipfels gegen Hass und Hetze“ am 14. Oktober wurden Maßnahmen von Seiten der Regierung präsentiert.

#### Unterbringung von Asylwerber/innen

Ein weiteres beständig debattiertes Thema ist die Unterbringung von Asylsuchenden in Österreich. Auch im Oktober stand es an wichtiger

Stelle in der Berichterstattung. Die Gespräche zwischen Bundesministerium für Inneres und Vertreter/innen der Landesregierungen sowie lokale Beiträge waren wichtige Aspekte der Meldungen. Auch der Arbeitsmarktzugang von Asylwerber/innen wurde medial besprochen.

#### Schicksale von Flüchtlingen

Neben der europäischen Flüchtlingsthematik im Allgemeinen wurde im Oktober auch wiederholt das menschliche Gesicht von Flüchtlingen in den Medien dargestellt, wobei Einzelschicksale von Personen mit Fluchthintergrund aus unterschiedlichen Ländern erzählt wurden.

#### Internationale Studierende und Abwanderung von in Österreich Ausgebildeten

Nach Beginn des Studiensemesters wurde in den Medien über internationale Studierende an österreichischen Universitäten berichtet. Zahlen zu den Herkunftsländern, den Studienrichtungen und den Absolvent/innen wurden aufbereitet. Mehrfach thematisiert wurde auch die Abwanderung von Ärzt/innen aus Österreich (Stichwort: Brain Drain).

## Integration und Migration

### Kurzmeldungen

»»»» **Gespräche zum österreichischen Islamgesetz** — Nach Ende der parlamentarischen Begutachtungsfrist am 7. November gehen die Gespräche zur Gesetzesnovelle weiter.««««

»»»» **Mögliche Änderungen des Staatsbürgerschaftsgesetzes in Estland** — Die Regierung hat einem Gesetzesentwurf zugestimmt, der Kindern und Älteren einen einfacheren Zugang zur Staatsangehörigkeit ermöglichen soll.««««

»»»» **UK-Premier will Dschihadisten Staatsbürgerschaft aberkennen** — Dies könnte nach Ankündigungen Camerons auch Personen betreffen, die keine andere Staatsbürgerschaft besitzen.««««

»»»» **Schwedens neue Informations-Website für Zuwander/innen** — Über das Portal [www.informationsverige.se](http://www.informationsverige.se) werden Neuankömmlinge Schritt für Schritt u.a. durch die schwedische Gesellschaft und Behördenwege geführt.««««

»»»» **Tansania bürgert 162.000 Flüchtlinge aus Burundi ein** — Laut UNHCR ist dies die erste Einbürgerung einer derartig großen Flüchtlingsgruppe in einem Erstaufnahmeland. Die betroffenen Menschen flohen 1972 aus Burundi über die Grenze nach Tansania.««««



## Publikationen



### Religion im Wandel

Regina Polak, Wolfram Reiss (Hg.)

Die Anthologie befasst sich mit der Auswirkung von Migration auf religiöse Gemeinschaften in Europa und präsentiert theoretische Zugänge

und Berichte aus der aktuellen Forschung.

Bestellinformationen >>> [hier](#)



### Aiming Higher: Policies to Get Immigrants into Middle-Skilled Work in Europe

Meghan Benton, Madeleine Sumpton, et. al. (MPI und ILO)

Dieser Bericht untersucht die Entwicklung von Migrant/innen in 6 EU-Ländern und bietet eine Analyse von Maßnahmen bei Integration und Arbeitskräfte-Entwicklung.

Weitere Informationen >>> [hier](#)



### Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedstaaten Bulgarien und Rumänien

Elisa Hanganu, Stephan Humpert, Martin Kohls (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Deutschland)

Der Forschungsbericht bereitet die Entwicklung der Migrationsströme aus den EU-2, insbesondere im Verlauf der Wirtschafts- und Finanzkrise, auf. Weitere Informationen >>> [hier](#)

## Termine

### 10. DEZEMBER

Recht auf Bildung! Bildungseinrichtungen auf dem Weg zur interkulturellen Öffnung: Aufgaben der Kommunen

Die Tagung dient zur Diskussion der Hintergründe und Möglichkeiten zur Öffnung für Vielfalt in Bildungseinrichtungen unter Beteiligung der Kommunen. Wo: Düsseldorf, Deutschland  
Weitere Informationen und Anmeldung >>> [hier](#)

### 12. MÄRZ

Symposium „Migration und Abhängigkeit“

Es werden Studienergebnisse eines Forschungsprojektes zum Thema Sucht bei Migrant/innen und Präventionsarbeit vorgestellt. Expert/innen-Vorträge und eine Podiumsdiskussion widmen sich der Suchtprävention in einer pluralisierten Gesellschaft. Wo: Donau-Universität Krems.  
Weitere Informationen und Anmeldung >>> [hier](#)

### 12./13. MÄRZ

Call for Abstracts: 2. CDCDI International Conference. Challenges Ahead: Integration of Migrants on the European Labour Market

Auf der Konferenz werden Themen rund um Migration und den EU-Arbeitsmarkt in verschiedenen Panels diskutiert. Abstracts können bis 15.1.15 eingereicht werden. Wo: Bukarest, Rumänien  
Weitere Informationen >>> [hier](#)

## Neues vom ÖIF



### Broschüre „Studieren & Arbeiten in Österreich“

Seit Anfang November steht die neue Auflage der Informationsbroschüre für ausländische Studierende und Absolvent/innen zur Verfügung.

Die Broschüre kann kostenlos

beim ÖIF bezogen werden.

Weitere Informationen >>> [hier](#)



### Magazin ZUSAMMEN: ÖSTERREICH: #4 Winter 2014

Die 9. Ausgabe des Magazins steht unter dem Motto „Neue Vielfalt – Gemeinsame Heimat“ und geht der Frage nach, wie wir zu einem Wir-Gefühl gelangen, das alle in Österreich lebende Menschen

teilen. Das Magazin kann kostenfrei beim ÖIF bestellt oder online gelesen werden.

Weitere Informationen >>> [hier](#)

### IMPRESSUM

Impressum und Offenlegung gemäß §§ 24 und 25 MedienG; Medieninhaber, Herausgeber, Redaktion und Hersteller: Österreichischer Integrationsfonds – Fonds zur Integration von Flüchtlingen und MigrantInnen (ÖIF), Schlachthausgasse 30, 1030 Wien, T.: +43 (0) 1 7101203 – 100, E.: mail@integrationsfonds.at; Verlags- und Herstellungsort: Schlachthausgasse 30, 1030 Wien; Offenlegung: Sämtliche Informationen über den Medieninhaber und die grundlegende Richtung dieses Mediums können unter [www.integrationsfonds.at/impressum](http://www.integrationsfonds.at/impressum) abgerufen werden.